

ULRICH STEINER

Wertsicherungsklauseln

Zur Europarechtskonformität
des neuen § 2 PaPkg



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung.....	13
B. Der Begriff der Wertsicherungsklausel.....	19
I. Die Problemstellung.....	19
II. Wertsicherung im weiteren Sinne.....	20
III. Wertsicherung im engeren Sinne.....	22
IV. Abgrenzung des Begriffs der Wertsicherungsklausel vom Begriff der Anpassungsklausel.....	24
V. Begriffsbestimmung im Hinblick auf § 2 PaPcG.....	24
VI. Zusammenfassung.....	27
C. Die Ursprünge der Wertsicherungsklausel.....	29
I. Die älteren Entwicklungen: Wertsicherungsklauseln bis 1914.....	29
II. Wertsicherungsklauseln vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zum Beginn des Dritten Reiches.....	30
1. Im Ersten Weltkrieg.....	31
2. Die Inflationszeit nach dem Ersten Weltkrieg.....	33
a.) Im Bereich der Schuldverträge.....	33
b.) Im Bereich der Grundpfandrechte.....	34
c.) Im Bereich der Schuldverschreibungen.....	36
d.) Zusammenfassung.....	37
3. Die Stabilisierung der Währung nach 1924.....	37
III. Wertsicherungsklauseln im Dritten Reich.....	38
IV. Wertsicherungsklauseln vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Währungsreform.....	43
1. Die währungsrechtliche Situation nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges.....	43
2. Das Schicksal der Wertsicherungsklauseln in den Währungswirren nach dem Zweiten Weltkrieg.....	45
3. Das Mark-gleich-Mark-Gesetz.....	46
a.) Der Anwendungsbereich des Mark-gleich-Mark-Gesetzes im Hinblick auf Wertsicherungsklauseln.....	50
b.) Das Mark-gleich-Mark-Gesetz: Dauerhaftes Verbot bestimmter Wertsicherungsklauseln?.....	51

c.) Die Frage der Rückwirkung des Mark-gleich-Mark-Gesetzes	52
d.) Zusammenfassung	53
V. Wertsicherungsklauseln in der Währungsreform	54
D. Wertsicherungsklauseln während der Geltung des § 3 S. 2 WährG	59
I. Zur Rechtsnatur von § 3 S. 2 WährG	60
1. § 3 S. 2 WährG als fortgeltendes Besatzungsrecht	60
2. Die Verfassungsmäßigkeit des § 3 S. 2 WährG	63
3. Der Normzweck des § 3 WährG	64
4. § 3 S. 2 WährG als Bestandteil des öffentlichen Rechts sowie des Währungsrechts	66
5. § 3 S. 2 WährG als Verbotsnorm mit Erlaubnisvorbehalt	68
II. § 3 S. 2 WährG als rechtspolitisch umstrittene Norm	70
III. Der Geltungsbereich des § 3 S. 2 WährG	71
1. Sachlicher Geltungsbereich	71
2. Persönlicher Geltungsbereich	72
3. Zeitlicher Geltungsbereich	73
IV. Die Handhabung des § 3 S. 2 WährG in der Praxis	74
1. Die enge Auslegung des § 3 S. 2 WährG durch die Zivilgerichte	74
2. Die Genehmigungspraxis der Deutschen Bundesbank	75
3. Das Verhältnis von Deutscher Bundesbank und Zivilgerichtsbarkeit bei der Anwendung des § 3 S. 2 WährG	76
4. Die Genehmigungspraxis der Deutschen Bundesbank in Zahlen ..	79
E. Die Einführung des § 2 PaPkg.....	81
I. Der Zusammenhang zwischen der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion und der Aufhebung des § 3 WährG	81
1. Die Entwicklung hin zu einer Wirtschafts- und Währungsunion ..	82
2. Die Gründe für die Aufhebung des § 3 WährG	84
a.) Fortfall des Schutzgutes „DM“	86
b.) Fortfall des Schutzzwecks „Stabilität des Währungssystems“	86
3. Nationale Gesetzgebung im Hinblick auf die Teilnahme an der WWU	87

II.	Der Gang des Gesetzgebungsverfahrens bis zur Verkündung des 1. EuroEinführungsgG.....	89
1.	Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum 1. EuroEinführungsgG	89
2.	Die Stellungnahme des Bundesrates zum Gesetzentwurf der Bundes- regierung	92
3.	Die Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates	94
4.	Die Beschlußfassung über das 1. EuroEinführungsgG im Bundestag.....	94
a.)	Die erste Beratung im Bundestag.....	95
b.)	Die Diskussion in den Ausschüssen und in der Öffentlichkeit.....	96
aa.)	Stellungnahmen zur Abschaffung des § 3 WährG in der Öffentlichkeit.....	96
(1)	Gegen die ersatzlose Aufhebung des § 3 WährG	96
(2)	Für die ersatzlose Aufhebung des § 3 WährG	98
(3)	Ergebnis.....	98
bb.)	Die Beratungen in den Ausschüssen	99
cc.)	Ergebnis.....	102
c.)	Die zweite und dritte Beratung im Bundestag.....	103
5.	Der zweite Durchgang im Bundesrat	103
6.	Das Ergebnis: § 2 PaPkg.....	104
F.	Die Rechtslage unter dem neuen Wertsicherungsverbot des § 2 PaPkg.....	107
I.	Einleitung.....	107
II.	Das grundsätzliche Verhältnis von § 2 PaPkg zu seinem Vorgänger, § 3 WährG	108
III.	Der Geltungsbereich des Wertsicherungsverbotes von § 2 I PaPkg	109
1.	Der sachliche Geltungsbereich des § 2 I PaPkg	110
2.	Der persönliche Geltungsbereich des § 2 I PaPkg	111
3.	Der zeitliche Geltungsbereich des § 2 I PaPkg.....	112
IV.	Der Anwendungsbereich des Wertsicherungsverbotes von § 2 I PaPkg	114
1.	Genehmigungspflichtige Klauseln	115
a.)	Der Grundsatz.....	115

b.) Die Bereichsausnahmen.....	117
aa.) Der Geld- und Kapitalverkehr, § 2 I S. 3 PaPkg.....	118
bb.) Verträge von gebietsansässigen Kaufleuten mit Gebietsfremden, § 2 I S. 4 PaPkg.....	120
cc.) Miet- und Pachtverträge.....	122
(1) Mietverträge über Wohnraum.....	123
(2) Sonstige Miet- und Pachtverträge.....	124
dd.) Erbbaurechte.....	125
c.) Genehmigungsvoraussetzungen.....	125
2. Genehmigungsfreie Klauseln.....	127
V. Zuständigkeit für die Genehmigungen und die Genehmigungspraxis in Zahlen.....	129

G. Die Europarechtskonformität des § 2 Abs. 1 PaPkg 131

I. Die Problemstellung.....	131
II. Europarechtswidrigkeit des § 2 PaPkg aufgrund mangelnder Kompetenz des bundesdeutschen Gesetzgebers.....	133
1. Grundsätzliches zur Kompetenzverteilung zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten.....	133
a.) Ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Gemeinschaft.....	135
aa.) Die Reichweite ausschließlicher Zuständigkeiten der Gemeinschaft.....	137
(1) Rechtsprechung des EuGH.....	137
(2) Praxis, insbesondere Regierungsstellen.....	137
(3) Schrifttum.....	140
(4) Stellungnahme.....	142
bb.) Die Folgen der ausschließlichen Gemeinschaftszuständigkeit für die Kompetenzen der Mitgliedstaaten.....	144
cc.) Zwischenergebnis.....	145
b.) Konkurrierende Gesetzgebungsbefugnisse der Gemeinschaft.....	145
c.) Parallele Gesetzgebungsbefugnisse sowohl der Gemeinschaft als auch der Mitgliedstaaten.....	147
d.) Zwischenergebnis zu 1.).....	148
2. Kompetenzverteilung zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten im Bereich des Währungsrechts.....	148

a.) Abgrenzung von Wirtschafts- und Währungsrecht.....	148
b.) Methodische Vorüberlegungen	150
c.) Begriffsbildungen	151
aa.) Organisationsnormen	153
bb.) Münz- und Notenvorschriften	154
cc.) Schutznormen	155
d.) Kompetenzen der Gemeinschaft im Bereich des Währungsrechts	156
aa.) Kompetenzen im Bereich der Organisationsnormen	157
bb.) Kompetenzen im Bereich der Münz- und Notenvorschriften	160
cc.) Kompetenzen im Bereich der Schutznormen	162
e.) Kompetenzen der Mitgliedstaaten im Bereich des Währungsrechts	163
f.) Kategorisierung der Kompetenzen der Gemeinschaft im Bereich des Währungsrechts	167
aa.) Die herrschende Meinung	167
bb.) Zweifel bezüglich der Annahme einer ausschließlichen Zuständigkeit	168
(1) Wegen des Begriffs der ausschließlichen Zuständigkeit	168
(2) Wegen einzelner, den Mitgliedstaaten verbliebenen Kompetenzen	170
cc.) Eigene Ansicht	172
g.) Die Folgen der ausschließlichen Gemeinschafts- zuständigkeit für die Kompetenzen der Mitgliedstaaten im Bereich des Währungsrechts	173
3. Die Auswirkungen der dargestellten Kompetenzverteilung auf den Regelungsbereich des § 2 PaPcG	173
a.) § 2 PaPcG als eine dem Währungsrecht zuzuordnende Vorschrift	174
aa.) Der Vergleich mit § 3 WährG	174
bb.) Die generelle Zuordnung von Wertsicherungs- verboten zum Währungsrecht	175
cc.) Bedenken gegen eine Zuordnung des § 2 PaPcG zum Währungsrecht	175
dd.) Stellungnahme	177
(1) Entgegenstehende Realitäten	177

(2) Art. 73 Nr. 4 GG als Kompetenzgrundlage im nationalen Recht	178
(3) Gefahr der Umgehung	182
ee.) Ergebnis zu a.)	183
b.) Zur Frage nach der Kompetenzwidrigkeit des Erlasses von § 2 PaPcG	184
aa.) Grundsätzlich	184
bb.) Ausnahmen aufgrund eines Tätigwerdens der Mitgliedstaaten als Sachwalter des gemeinsamen Interesses	185
cc.) Ergebnis	187
4. Die Europarechtswidrigkeit des § 2 PaPcG	187
III. Europarechtswidrigkeit des § 2 PaPcG aufgrund eines Verstoßes gegen die Kapitalverkehrsfreiheit	188
1. Verstoß gegen die Kapitalverkehrsfreiheit unter der alten Rechtslage	189
2. Die Vereinbarkeit von § 2 PaPcG mit der Kapitalverkehrsfreiheit	190
a.) Einschränkung aufgrund der Ausnahme von Verträgen gebietsansässiger Kaufleute mit Gebietsfremden nach § 2 I S. 4 PaPcG	191
b.) Einschränkung aufgrund der Ausnahme des Geld- und Kapitalverkehrs nach § 2 I S. 3 PaPcG	192
3. Ergebnis	194
IV. Europarechtswidrigkeit des § 2 PaPcG aufgrund eines Verstoßes gegen die Freiheit des Zahlungsverkehrs, Art. 56 II EG	194
H. Zusammenfassung	197
Anhang	201
Literaturverzeichnis	207